

ANFRAGE Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 5. März 2013	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	49. Plenarsitzung Gemeinderat 09.04.2013 1398 33 öffentlich
Eigentum und Betrieb des Karlsruher Stromnetzes		

1. In wessen Eigentum befindet sich das Karlsruher Stromnetz?
2. In welcher Form nutzen die EnBW das Karlsruher Stromnetz und
 - a) welcher Vorteil ergibt sich daraus für die Stadt Karlsruhe?
 - b) welcher Nachteil ergibt sich daraus für die Stadt Karlsruhe?
3. Gibt es weitere Stromtrassen auf der Gemarkung Karlsruhe, die anderen Stromanbietern gehören?
 - a) Falls ja, mit wie viel Kilo-Volt und in welcher Länge?
 - b) Falls ja, werden diese von Karlsruher Firmen oder den Stadtwerken angezapft?
4. Wie beurteilt die Stadtverwaltung die Auffassung z. B. des BUND, dass es für Kommunen prinzipiell vorteilhafter ist, ihr Stromnetz selbst zu besitzen und zu betreiben, weil u. a. damit die Gestaltungsmöglichkeiten in Bezug auf den Ausbau alternativer Energieerzeugung und -nutzung steigen – inklusive von Synergien durch die Kooperation mit anderen Kommunen bzw. kommunalen Zusammenschlüssen?
5. Wie beurteilt die Stadtverwaltung die Äußerungen des Vorstandsmitglieds des Verbands Kommunaler Unternehmen (VKU) Hermann-Josef Pelgrim, die baden-württembergische Landesregierung bevorzuge die EnBW als zentralen Netzbetreiber gegenüber Kommunen/Stadtwerken, die den Stromnetzbetrieb (wieder) in eigene Regie überführen wollen?
6. Teilt die Stadtverwaltung die Aussage der baden-württembergischen SPD-Landtagsfraktion, die Rekommunalisierung von Stromnetzen führe zu einer Netzsplitterung, die sich wiederum nachteilig auf die Leistungsfähigkeit der Verteilnetze auswirke?

7. Wie beurteilt die Stadtverwaltung das von der VKU initiierte Expertengutachten, in dem nachteilige Auswirkungen in Folge der Rekommunalisierung von Stromnetzen bestritten werden?

Ende 2016 laufen die Konzessionsverträge zwischen der Stadt Karlsruhe und der EnBW aus:

8. Gibt es bereits Überlegungen, Untersuchungen, Meinungsbildungen darüber, wie die Stadt nach dem Auslaufen dieser Konzessionsverträge den Betrieb ihres Stromnetzes organisieren wird? – Wenn ja: Wie sehen diese aus?

Sachverhalt/Begründung:

Öffentlich irritiert zeigten sich jüngst Vorstandsmitglieder des Verbands Kommunaler Unternehmen (VKU) über Äußerungen von Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) und der Landes-SPD in Bezug auf nachteilige Folgen, wenn Stromnetze rekommunalisiert werden. An Umweltminister Untersteller wurde u. a. kritisiert, dass er für die Zusammenarbeit der Stadtwerke mit der EnBW geworben habe. Gegen eine Resolution der baden-württembergischen SPD-Landtagsfraktion, die eine Zersplitterung der Stromnetze befürchtet, wenn diese von immer mehr Kommunen zurückgekauft werden, hat der VKU eigens ein Expertengutachten erstellen lassen.

Der neue EnBW-Chef Frank Mastiaux wurde Anfang März diesen Jahres zum Thema Energiewende dahingehend zitiert, das oft als arrogant empfundene Auftreten des Konzerns solle der Vergangenheit angehören. „Wir setzen auf Dialog auf Augenhöhe“ (BNN 02.03.13).

In den letzten Jahren machen Kommunen zunehmend von der Möglichkeit Gebrauch, ihre Stromnetze – meist von der EnBW – zurückzukaufen, weil darin größere Gestaltungsmöglichkeiten bei Ausbau, Vertrieb und Nutzung alternativer Energien gesehen werden. Zudem wachsen die Zusammenschlüsse von Kommunen bei Erzeugung, Vertrieb und Nutzung von Energie.

Die Anfrage soll klären, welche Haltung die Stadtverwaltung dazu einnimmt und ob es bereits Überlegungen zur Organisation und Betrieb des Karlsruher Stromnetzes gibt, wenn Ende 2016 die Konzessionsverträge mit der EnBW auslaufen.

unterzeichnet von:

Sabine Zürn

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

22. März 2013